



Die Machtfrage

Das Recht des Geldes oder das Recht der Menschen – aus diesem wachsenden Dilemma müssen wir einen Weg finden, wenn wir die Demokratie erhalten wollen. Eine Spurensuche.

CHRISTOPH PFLUGER

Markt und Demokratie, Zwillingsbrüder ohne Gleichberechtigung

Die ersten Hinweise soll uns **Hans Christoph Binswanger** liefern. Der vielfach ausgezeichnete emeritierte Professor der Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen beschrieb bereits 1978 «Wege aus der Wohlstandsfalle» und entwickelte die grundlegenden Ideen einer ökologischen Steuerreform. In seinem letzten Buch «Die Wachstumsspirale» (Metropolis, 2006) zeigt er mit wissenschaftlicher Akribie, wie unsere Wirtschaft zum Wachstum verurteilt ist. Von ihm erhoffen wir uns Hinweise, wie wir uns aus dieser Falle befreien können, denn die Ökonomisierung der Welt ist ja eine der wichtigsten Triebkräfte der Entdemokratisierung. Binswanger beginnt das Gespräch mit einer wenig ermutigenden Feststellung: «Wir stehen unter Wachstumszwang, aber es fehlen uns die institutionellen Grundlagen, dem auszuweichen.» Der Markt wird uns also gewissermassen verschlucken, wenn es uns nicht gelingt, ihn zu bändigen. So leicht ist das nicht, denn «Markt und Demokratie sind Zwillingsbrüder, die einander bedingen.» Ohne freie Bürgerinnen und Bürger, die frei über ihr Eigentum verfügen, also auf den Markt bringen können, gibt es keine freien Entscheidungen.

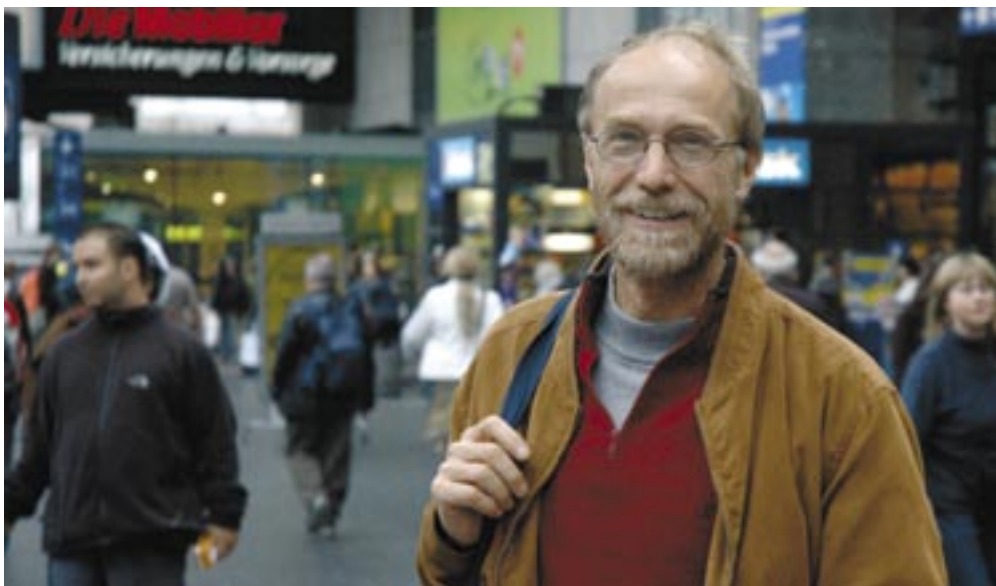
Gemäss Binswanger liegt das Problem aber darin, dass im Markt nicht nur natürliche Personen mitwirken, die gleichzeitig Bürgerinnen und Bürger sind und einen Bürgersinn entwickelt haben, sondern seit der Umgestaltung des Unternehmensrechtes im 19. Jh. auch juristische Personen, vor allem Aktiengesellschaften. Diese besitzen keine Bürgerrechte und folglich auch keinen Bürgersinn. Dabei folgen sie der ihnen eigenen Logik, wachsen zu müssen, um bestehen zu können und bestimmen mit dieser Dynamik immer mehr das Marktgeschehen. «Der Markt», sagt Binswanger, «rennt der Demokratie davon.» Die Bürgerinnen und Bürger, die als natürliche Personen in der überwiegenden Mehrheit für eine nachhaltige Gestaltung des Marktes eintreten – ihre Kinder sollen ja auch gut leben können – kommen zu kurz.

Um den Markt und damit implizit auch die Demokratie nachhaltig, d.h. überlebensfähig zu machen, ist nach Ansicht von Hans Christoph Binswanger eine Weiterentwicklung des Unternehmensrechtes unerlässlich. Das klingt vernünftig, aber wird die Politik auf den weisen alten Mann hören?

Schmerzmittel vom Arzt für politische Medizin

Als nächstes treffen wir **Toni Reichmuth**, der sich, selber Schularzt in Zürich, als «Arzt für politische Medizin» versteht. Als solcher hat er u.a. «SONNEschweiz», die Bewegung für Energieselbstversorgung und nachhaltigen Lebensstil, mitbegründet, die «Sonntagsinitiative» für vier autofreie Sonntage initiiert und bei vielen anderen Volksbegehren mitgearbeitet. Toni Reichmuth kennt die Volksrechte wie kaum ein anderer und lancierte 2002 unter dem Titel «Frühlingsinitiative» ein Volksbegehren zur Totalrevision der Bundesverfassung

Und welche Diagnose stellt der Arzt für politische Medizin der Demokratie aus? «Sie braucht jetzt Palliativmedizin», meint Toni Reichmuth, «da geht es noch um Schmerzlinderung, um Begleitung in der letzten Lebensphase.» Das klingt nicht zuversichtlich, aber es ist die ungeschminkte Einschätzung eines Menschen, der mit grossem persönlichem Einsatz die Demokratie vollenden wollte. In seinem bemerkenswerten Text «Demokratie, die grosse Unvollendete» schlug Toni Reichmuth 1995 vor, schrittweise Kinder,



Seine Prognose ist düster: Wenn die Macht des Kapitals nicht gezähmt wird, erwartet Toni Reichmuth gewaltsame Verteilungskämpfe.

nach zukunftsfähigen Prinzipien. Dieses fast unbekanntes Volksrecht, ein politischer Zweihänder, wird nur ganz selten genutzt. Wird die Initiative angenommen, müssen gemäss Artikel 193 der Bundesverfassung National- und Ständerat neu gewählt werden und die Bundesverfassung revidieren. Die Frühlingsinitiative, von den Medien totgeschwiegen und nur von ein paar kleinen Gruppen unterstützt, hatte keine Chance, die nötigen 100 000 Unterschriften beizubringen. Seither und vor allem seit der Ablehnung der Sonntagsinitiative 2003 ist es still geworden um Toni Reichmuth. Jetzt kandidiert er für die Grünen des Kantons Schwyz für den Nationalrat. Hat er neuen Mut geschöpft, sich in die Höhle des Löwen vorzuwagen? Nicht wirklich, denn die im Kanton Schwyz erstmals antretenden Grünen hoffen mit ihrer Liste, die mit derjenigen der Sozialdemokraten verbunden ist, vor allem den gefährdeten SP-Sitz zu retten.

Ausländer und Repräsentanten der Tier- und Pflanzenwelt in den demokratischen Entscheidungsprozess zu integrieren und so die Demokratie zu einer «Biokratie» auszubauen. Jetzt hat Toni Reichmuth erkannt, dass die Macht des Geldes in den heutigen Demokratien grösser ist als die Macht des Volkes. Um die Demokratie aus ihrer Schiefelage zu befreien, müssten Instrumente entwickelt werden, den Einfluss der Medien und des Kapitals auf den Entscheidungsprozess auszugleichen. Wenn dies nicht gelinge, erwartet Toni Reichmuth zunehmend gewaltsame Verteilungskämpfe. Man möchte seiner Einschätzung widersprechen, aber es fällt schwer. Zur Ablenkung und zur Anregung besuchen wir deshalb einen professionellen Optimisten.

Seine königliche Hoheit, Raja der Schweiz

Als «Raja», ein indischer Königstitel, ist **Felix Kägi** eine Art König der Schweiz, etwas, das es in der 716-jährigen Geschichte unseres Landes noch nie gegeben hat. Aber sein Reich ist nicht ganz von dieser Welt, wie sich schon bei der Begrüssung zeigt. Er hätte den letzten Zeitpunkt mit Genuss gelesen, sagt er, aber einen anderen Titel gesetzt: «Das real existierende Glück – unsichtbar *hinter* unseren Augen». Das Bewusstsein, die Kraft des Geistes also, ist die Domäne von Felix Kägi, der die Transzendente Meditation (TM) von Maharishi in der Schweiz vertritt. Und weil das Bewusstsein nicht hinter unseren Augen bleiben, sondern in die Gesellschaft hinaustreten soll, kandidierte Felix Kägi 1995 für den Regierungsrat des Kantons Zürich. Maharishis Anhänger bildeten damals in zahlreichen Ländern



Der Grund für sein Lachen? Vor zehn Jahren war Felix Kägi noch Chef der Naturgesetz-Partei, jetzt ist er als Raja der Schweiz verantwortlich für das Reich des Bewusstseins.

Naturgesetz-Parteien, auch in der Schweiz, und kandidierten für regionale und nationale Parlamente – mit durchschlagendem Misserfolg. Vor allem in Ländern mit Majorzsystem, und das ist die Mehrheit, haben kleine Parteien nicht den Hauch einer Chance. Schon nach wenigen Jahren brach Maharishi das Experiment ab und änderte die Strategie. Felix Kägi beurteilt das Vorhaben heute eher kritisch: «Parteien, das zeigt schon

das Wort, teilen das Volk.» Am schlimmsten seien die Zweiparteien-Systeme, die das Volk regelrecht spalteten.

Das Ziel der TM war nun die Schaffung von parallelen Strukturen in der Form eines Schattenkabinetts. 2001 gründete Maharishi das «globale Land des Friedens», organisiert wie ein Verein, aber mit eigenem Geld, Ministerien und sogar Pässen und ein paar Jahre später kürten die TM-Leute im Libanon einen ersten Raja. Das Beispiel machte rasch Schule, sodass nun auch die Schweiz mit Felix Kägi über einen Raja verfügt.

Raja Felix will «das bewegen, was alles andere bewegt: das Bewusstsein.» Denn wo Yoga praktiziert werde, herrsche Friede in der Umgebung. Dazu genügt es, wenn ein kleiner Prozentsatz – die Quadratwurzel von einem Prozent der Bevölkerung, um genau zu sein – meditiere. Raja Felix arbeitet nun hauptsächlich daran, die für die Schweiz notwendigen 300 Yoga Praktizierenden auszubilden und dann auch für ihre Meditationsarbeit zu bezahlen. Wenn er so weit ist, werden Sie es spüren – oder zumindest im Zeitpunkt nachlesen können.

Der Raja der Schweiz steht im Dienste des ganzen Volkes an der Spitze einer idealen Staatsorganisation nach vedischen Prinzipien. Demokratisch zu entscheiden gibt es vorderhand nichts. Im globalen Land des Friedens herrscht Harmonie, das Entscheidungsprinzip ist der Konsens. «Der Raja regiert nicht», sagt Felix Kägi. «Er hat eher eine elterliche Rolle, der unterschiedliche Meinungen zusammenbringt.»

Der Raja Felix in seinem königlichen Ornat bietet einem Journalisten einige Angriffsflächen. Das Beispiel seines kleinen Reiches zeigt aber eines deutlich: Eine Gesellschaft mit gemeinsamen, über dem Materiellen stehenden Werten erreicht mit viel weniger demokratischem Aufwand einen höheren Grad an Konsens und höchstwahrscheinlich auch mehr Lebensqualität.

Ein einmaliges Verhältnis von Aufwand und Lebensqualität erzielt auch unser nächster Gesprächspartner, und mit seiner Kandidatur für den Nationalrat ist er für diese Ausgabe des Zeitpunkt ein Muss.

Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit in Aktion

Der 58-jährige **Michel Seiler** ist Gemeindepräsident in einem Emmentaler Dorf, wo die demokratischen Regeln nach ungeschriebenen Gesetzen sehr frei interpretiert werden. So wird der Gemeindepräsident nicht gewählt, sondern im Turnus an einen Bauern, einen Gewerbler und einen Angestellten vergeben. Vor kurzem waren wieder die Bauern an der Reihe, und so kam es, dass vier bodenständige Emmentaler Landwirte eines Abends auf die Stärenegg hochfuhren. Dort führt Michel Seiler auf ein paar Bauernhöfen eine Heimschule für Kinder, die auf keiner anderen Schulbank mehr tragbar sind. Die Bauern fragten ihn, ob er Gemeindepräsident von Trubschachen werden wolle. Ein paar Tage später sagte er zu und bei der nächsten Gemeindeversammlung galt er als gewählt.

Dabei müsste Michel Seiler für die Menschen im hinteren Emmental ein rotes Tuch sein. Aufgewachsen ist er in einem ehemals kommunistischen Elternhaus. Seine Eltern gründeten die weit über die Landesgrenzen hinaus bekannte, anthroposophisch orientierte Heimschule «Schlössli» in Ins. Michel, gelernter Bauschreiner, übernahm mit Holle, seiner Frau mit 28 Jahren das erste kleine Heim auf einem Bauernhof in den Emmentaler Hügeln. Die Kinder wohnen in Häusern, bei deren Renovation sie kräftig mitgeholfen haben, lernen in gemütlichen Schulstuben und im Rhythmus eines sich selbst versorgenden Bauernhofs. Der Besucher wundert sich angesichts dieser Idylle, dass diese in der reglementierten Schul- und Fürsorgewelt noch möglich ist. Von Amtsschimmeln darf sich Michel Seiler weder im Umgang mit den Fürsorgebehörden noch beim Umbau seiner Höfe reiten lassen. «Wie verrückt» musste er vor 28 Jahren für seine Schilfkläranlage kämpfen – offenbar die erste Europas –, weil der Anschluss ans öffentliche Abwassernetz überall, wo zumutbar, vorgeschrieben ist. Zumutbar fand man es offenbar auch, dass die Stärenegg eine kilometerlange Leitung zu den abgelegenen Höfen hätte bauen müssen, anstatt das Abwasser in der eigenen Bio-Kläranlage besser und billiger zu reinigen. Aber Michel Seiler hat sich durchgesetzt.

Nicht durchgesetzt hat er sich allerdings mit der Initiative «100 000 sind genug», mit der er im Nachgang zur Berner Finanzaffäre der 80er Jahre die Regierungsratsgehälter beschränken wollte. Damals wurde bekannt, wie sich Regie-

rungsräte auf Staatskosten bereicherten. Michel Seiler zog sich aus der Politik zurück und beschloss, nach dem Motto «Tiefschulen statt Hochschulen» mit den Bauernhofschulen vorwärts zu machen. Jedes Jahr kam mindestens ein Hof dazu,



«Wenn ich bestimmen könnte, gäbe es keine Arbeitslosigkeit»: Michel Seiler, «Heimleiterbauerhandwerker» in Trubschachen und Nationalratskandidat.

der umgebaut und mit Leben gefüllt wurde. Mittlerweile umfasst das Netzwerk über 30 Höfe im Emmental, im Jura und in acht Ländern Europas, eine bemerkenswerte Leistung.

Die vier Bauern gewannen auf der Stärenegg nicht nur einen Gemeindepräsidenten, sie weckten in Michel Seiler, ohne es zu wollen, die Lust an der Politik zu neuem Leben. So kandidiert er nun auf der Liste der Grünen für den Nationalrat – Zeit auf sein Leitbild einzugehen. Inspiriert ist es offensichtlich von der Dreigliederung der Anthroposophie, mit der ihn eine «freie Liebe» verbindet, wie er sich ausdrückt. Seiler beruft sich auf die bürgerlichen Ideale «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» der französischen Revolution. Aber er ordnet Begriffe neu zu, die Freiheit dem Individuum (und nicht der Wirtschaft!), die Gleichheit dem Staat (und nicht dem Individuum) und die Geschwisterlichkeit der Wirtschaft (und nicht dem Staat). Der Staat kümmert sich um eine solidarische Führung des öffentlichen Haushalts und seiner Dienste und sorgt für kreativen Freiraum in Bildung und Kultur. Das



Individuum seinerseits darf sich in diesen Bereichen kreativ entfalten, während es im Wirtschaftlichen einen nachhaltigen Lebensstil anstreben soll. Die Wirtschaft schliesslich hat nicht mehr die Freiheit des Gewinns als Hauptzweck, sondern eine

Das Zusammenspiel von Mensch, Staat und Wirtschaft im Leitbild von Michel Seiler.

nachhaltige Produktion und einen solidarischen Umgang mit den Ressourcen der Allgemeinheit. Der Mann spricht langsam und schreibt wenig. Aber was er sagt, hat nicht nur Hand und Herz, sondern auch Kopf. Ein kleines Paradies entfaltet sich vor den Augen, wenn man das einfache Leitbild auf dem Wahlprospekt lange genug anschaut!

Zum Abschluss noch zwei Hinweise:

Wer sich politisch engagiert, ist doppelt froh um finanzielle Unterstützung. Einerseits ist der ideelle, moralische Wert auch von kleinen Spenden beträchtlich, andererseits ist ein Wahlkampf, auch wenn er sparsam geführt wird, nicht eben billig. PC-Konto 60-720466-1, Grüne Langnau, 3550 Langnau. Der Film «Müetis Kapital» über die eindrückliche Lebensgeschichte von Michel Seilers Mutter Ruth läuft am 23. Sept. um 21.15 Uhr unter dem Titel «Mutter Courage» auf 3sat. Erzählt wird die bewegende Lebensgeschichte einer Gärtnerin, Kommunistin, Anthroposophin, Mutter und Heimleiterin.

Die Machtfrage gestellt – aber auch beantwortet?

Unseren nächsten Gesprächspartner, **Ivo Muri**, haben wir ausgewählt, weil in seinem «direkt-demokratischen Manifest» die Machtfrage klar und deutlich gestellt wird. In dem Papier heisst es: «Der Soziologe Norbert Elias hat in seinem Werk «Über den Prozess der Zivilisation» akribisch analysiert, welche Machtmittel einem Herrscher (das müsste in einer Demokratie das Volk sein), die Beherrschung eines Territoriums ermöglicht und hat folgende Machtbereiche als wesentlich herauskristallisiert: Die Herausgabe einer eigenen Währung, die Beherrschung von Verkehrswegen, die Beherrschung von Kommunikationswegen und die Beherrschung der Arbeitsteilung.»

Das Manifest wurde am 11. November 2006, am «1. Internationalen Tag der direkten Demokratie» verabschiedet. Ob es eine politisch wahrnehmbare Wirkung entfaltet, wird sich noch weisen müssen. Der nächste «Tag der direkten Demokratie», wiederum am 11. November, dem traditionellen Zinstag im Mittelalter, ist nämlich noch nicht gesichert.

Zur intensiven Beschäftigung mit der direkten Demokratie ist der Unternehmer Muri über einen interessanten

Umweg gestossen. Sein Vater gründete 1956 in Sursee ein Unternehmen für Kirchturmuhren und Glockentechnik. Er selbst blieb gewissermassen in der Branche und gründete 1994 die «Zeit AG», eine Firma für Zeiterfassung, Personalplanung und Zutrittskontrolle, mit heute 50 Mitarbeitern das grösste Schweizer Unternehmen dieser Branche. 2002 legte Ivo Muri die Geschäftsführung nieder, gründete das «Institut Zeit & Mensch», um dem Geheimnis der Zeit und Wegen aus der Zeitfalle auf die Spur zu kommen. Dabei stiess er auf den beschleunigenden, Zeit raubenden Effekt von Zins und Zinseszins – von Ivo Muri auf die Formel gebracht: «Zeit ist nicht Geld – Zeit isst Geld, weil Geld Zeit isst – über den Zins». Von da war der Weg nur kurz zur Umverteilung, zur privaten Geldschöpfung und der fehlenden direkt-demokratischen Kontrolle. Sein Fazit hält er im 2006 erschienenen Buch «Kleptokratisches Manifest – wurde die Demokratie auf's Kreuz gelegt?» fest: Heute laufen ähnliche politische und wirtschaftliche Prozesse ab wie vor 150 Jahren als Marx und Engels ihr Kommunistisches Manifest schrieben. «Priva-

tisierung ist Feudalisierung und Globalisierung ist Kolonialisierung», schreibt Ivo Muri. Mit dem Tag der direkten Demokratie wollen Ivo Muri und seine Mitstreiter diese Staatsform gewissermassen globalisieren. In möglichst vielen Ländern soll am 11. November die direkte Demokratie auf dieser Plattform ihre ansteckende Wirkung verbreiten. Genügt dies als Antwort auf die Machtfrage? Ivo Muri ist überzeugt, dass das Problembewusstsein auch in den oberen Etagen der Politik nun vorhanden sei: «Die Lage der Welt ist schlimm genug! Es

gilt, die Idee der direkten Demokratie in die Köpfe der Mächtigen zu tragen.» Dies hat Ivo Muri nun getan, weshalb er sich zum Jahresende aus dem Institut Zeit & Mensch zurückzieht und wieder der Geschäftsführung der Zeit AG widmet. Ob der Zeitpunkt gut gewählt ist? Wir bezweifeln es und wünschen gleichzeitig, er möge Recht haben.

Zum Schluss unserer Spurensuche haben wir das Bedürfnis nach einem ungeschminkten Überblick und sprechen mit einer Frau.

Entweder die Wirtschaft wird demokratisiert, ...

Die telegene Berner Politologin **Regula Stämpfli** spricht fast so schnell wie sie denkt und bringt die Dinge trotzdem auf den Punkt. Als erstes wollen wir wissen, wie Demokratien mit existenziellen Fragen umgehen sollen, wenn die Kompromissfähigkeit der Betroffenen gegen Null tendiert.

«Seit ungefähr zehn, fünfzehn Jahren geraten die politischen Systeme an grundlegende Grenzen. Die Politik wirkt wie die Postkutsche im Nanozeitalter. Dazu kommen die revolutionären kommunikativen Veränderungen, die die klassische liberale Demokratie immer mehr in eine Meinungsarena umwandeln. Wahlen sind mittlerweile nur noch dazu da, die Umfragen zu bestätigen. Doch eine Demoskopie-Demokratie hat nichts mehr mit wirklichen zukunftsfähigen politischen Lösungen zu tun. Als politische Philosophin ist mir klar, dass wir dringend eine Allianz für die klassischen Grundrechte brauchen. Eine Allianz, die sich der fatalen Mischung von postmodern-beliebiger Intelligenz und fundamentalistischen Ressentiments (wie es jetzt der Fall ist) entgegenstellen kann. Einfacher gesagt: Es braucht einen gesunden Menschenverstand, der auch politisch wirkt.»

Wie aber soll der gesunde Menschenverstand die politische Kontrolle in einer Welt übernehmen, die immer mehr von intransparenten internationalen Organisationen gesteuert wird?

«Früher oder später muss sich die Politik globalisieren oder die Wirtschaft demokratisieren. So oder so wird aber der Prozess nicht ohne heftige Machtkämpfe vor sich gehen. In der Schweiz muss man ob solchen Perspektiven nicht verzweifeln. Denn im lokalen und regionalen Bereich gibt es eine enorme Lebensqualität, für die sich viele Bürgerinnen und Bürger engagieren, wenn ihnen Medien und snobistische

Antidemokraten nicht einen Politikverdrossen vorbeuten.»

Der Verdross ist aber nicht nur eingeredet. Er liegt auch in der Komplexität der Themen und dem Tempo der demokratischen Verarbeitung.

«Hier helfen die klassischen liberalen Tugenden wie Bildung, Leistung, Chancengleichheit. Ich glaube an die Stärken der menschlichen Urteilskraft.»

Die Spurensuche ist vielleicht etwas beliebig ausgefallen. Aber sie bestätigt, dass ohne demokratische Kontrolle der Wirtschaft die Demokratie nicht überlebensfähig ist und dass uns – ein Meinungsumschwung auf den Teppichetagen der Herrschaft vorbehalten – ein Machtkampf bevorsteht. Ich würde vorschlagen, dass wir uns trainingshalber in der lokalen Politik engagieren. Wenn dies genügend Gleichgesinnte tun, macht es nämlich Spass und beantwortet als Nebenprodukt die Machtfrage von der Basis her. ◀

Kontakte:

Prof. Dr. oec. Hans Christoph Binswanger, Guisanstr. 15, 9010 St. Gallen, Tel. 071 222 47 79
Letztes Buch: **Die Wachstumsspirale** – Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Metropolis, 2006. 250 S. Fr. 35.50/ Euro 20,00.

Toni Reichmuth, med. prakt., Lauigasse 4, 6422 Steinen/SZ, 041 832 21 91.
www.gruene-sz.ch

Dr. Raja Felix, c/o Maharishi Veda Center, Thurgauerstr 39, 8050 Zürich, Tel. 044 260 44 70. www.rajafelix.ch

Michel Seiler, Stärenegg, 3555 Trubschachen, Tel. 034 495 56 95.
www.michelseiler.ch

Ivo Muri, Institut Zeit & Mensch, Glockenstr. 1, 6210 Sursee, Tel. 041 926 99 25. www.zeitmensch.ch – www.elfterelfter.ch
Letztes Buch: **Kleptokratisches Manifest** – wurde die Demokratie auf's Kreuz gelegt? Oesch Verlag, 2006. Fr. 25.-.

Dr. Regula Stämpfli
www.regulastaempfli.ch
Letztes Buch: **Vom Stummbürger zum Stimmbürger** – das Abc der Schweizer Politik. Orell Füssli, 2003. Fr. 39.80/Euro 24,-.